https://pleiteticker.de/exklusiv-gruene-lassen-atomkraftwerke-ohne-genehmigung-mit-saeure-zerstoeren/ 13.4.2023

Exklusiv! Grüne lassen Atomkraftwerke ohne Genehmigung mit Säure zerstören

– Nach exklusiven Pleiteticker.de-Informationen wurden zwei norddeutsche Kernkraftwerke ohne Rückbaugenehmigung mit Säure zerstört – unter grüner Verantwortung
– Den letzten drei Atomkraftwerken droht nach der Abschaltung am Samstag das Gleiche
– In grünen Ministeriumskreisen spricht man von einem „Sargnagel" für die AKW

Von Sebastian Thormann und Max Mannhart.

Eigentlich debattiert die Koalition gerade darüber, ob die stillgelegten Atomkraftwerke angesichts der anhaltenden Energiekrise in einer Art Reserve behalten werden können. FDP-Fraktionschef Christian Dürr fordert, man solle die Möglichkeit zur Wiederaufnahme des Kernkraftbetriebs offenhalten: „Lasst uns doch mindestens nicht sofort mit dem Rückbau beginnen, sondern diese Reserve zumindest erhalten", so Dürr zu seinen Koalitionspartnern. Lindner sagte im Interview mit der ARD: „Mir wäre lieber wir hätten die Reserve von drei klimaneutralen bestehenden Atomkraftwerken."

In zwei Ländern mit grün-geführten Landesumweltministerien wurden jetzt allerdings schon Fakten geschaffen – und den letzten Atomkraftwerken droht ab Samstag das Gleiche.

Das ist passiert: Auf Pleiteticker.de-Anfrage erklärt das grün-geführte Bundesumweltministerium: In den drei Kraftwerken sollen „Maßnahmen zur Anpassung an den dauerhaften Nichtleistungsbetrieb und in Vorbereitung auf die Stilllegung durchgeführt" werden.

Solche Maßnahmen beinhalten vor allem die sogenannte „Primärkreisdekontamination", bei der das Innere der Anlage mithilfe von

hochaggressiver Säure von radioaktiven Nukliden gereinigt wird. Bei diesem Prozess kann die Anlage allerdings bereits zerstört werden.

Das BMUV erklärt gegenüber Pleiteticker.de: Die Komponenten werden dabei „stark und auf Dauer" geschädigt. Nach Durchführung dieses Verfahrens sei „ein Betrieb auch aus sicherheitstechnischer Sicht somit nicht mehr möglich." Ein anderes Vorgehen sei gar rechtswidrig, so das Ministerium.

Der grüne Trick: In den seit Jahresbeginn 2022 abgeschalteten Kernkraftwerken Grohnde in Niedersachsen und Brokdorf in Schleswig-Holstein ist so eine Primärkreisdekontamination „bereits abgeschlossen", wie das Bundesumweltministerium pleiteticker.de mitteilte. Ein Sprecher des Landesumweltministeriums Niedersachsen gab zu, durch das Verfahren sei „das Rohrsystem des AKW planmäßig zerstört" worden.

Eigentlich wird das Kraftwerk erst zurückgebaut (d.h. zerstört), wenn eine entsprechende Genehmigung vorliegt, die allerdings Jahre dauert.
Die beschriebene Dekontamination kann allerdings – und das ist das Besondere – bereits vor der Genehmigung vorgenommen werden.
Unter der Hand ist es so gelungen, zwei Atomkraftwerke bereits zu zerstören.

Der „Sargnagel": Bei zwei Kernkraftwerken, die am Samstag vom Netz gehen sollen, Emsland und Isar 2, ist die Genehmigung zum Rückbau noch nicht erteilt, das Genehmigungsverfahren sei lediglich „weit fortgeschritten" – aber selbst das reicht aus. Denn in den abgeschalteten Kernkraftwerken Grohnde und Brokdorf ist das ebenfalls der Verfahrensstand, und auch eine fehlende Rückbaugenehmigung schützte dort nicht vor der Säure-Zerstörung.

Bei den jetzt anstehenden Abschaltungen könnte also mithilfe eines solchen Vorgangs an den regulären Genehmigungsverfahren vorbei, die Atomkraftwerke zerstört werden und so eine schnelle Wieder-Inbetriebnahme unmöglich gemacht werden.

Aus Kreisen eines grünen Landesumweltministeriums hörte Pleiteticker.de, dass die Dekontamination intern als endgültiger „Sargnagel" für die AKW bezeichnet wird.

Für die drei am Samstag abzuschaltenden Anlagen sind die Landesministerien von Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg zuständig. Zwei der drei Bundesländer haben einen grünen Umweltminister.

https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2023/tuev-kkw-sichersten-der-welt/
12.4.2023

TÜV: Deutsche KKW sind „die sichersten der Welt"

BERLIN. Der Vorsitzende des TÜV-Verbandes, Joachim Bühler, hat das für diesen Sonnabend geplante Abschalten der letzten drei deutschen Kernkraftwerke (KKW) kritisiert. Sie hätten „bis Ende des Jahrzehnts weiterlaufen können", sagte er der Bild-Zeitung.

Bühler stellte klar: „Die deutschen Kernkraftwerke zählen nach wie vor zu den sichersten Kraftwerken der Welt. Das gilt bis zur Abschaltung und darüber hinaus." Der Experte sieht ein Versorgungsproblem auf Deutschland zukommen: Denn bis 2030 brauche die Bundesrepublik rund 50 Prozent mehr Strom als heute. Grund sind unter anderem die von der Regierung forcierte Elektromobilität und die Wärmepumpen-Pflicht.

Strom aus KKW muß mit Kohle kompensiert werden

Der bisherige Atomstrom, der nicht durch erneuerbare Energien gedeckt werde, müsse nun „durch Strom aus Kohle und Gas kompensiert werden – mit entsprechend schlechterer CO2-Bilanz", sagte der 45jährige. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte sogar erklärt, die Lücke, die durch den Atomausstieg entstehe, vor allem mit erneuerbaren Energien decken zu wollen. Doch das halten Experten für nicht möglich.

Aus Sicherheitsgründen sei der Atomausstieg nicht nötig, betont Bühler: Die KKW befänden sich „in einem sehr guten Zustand" und seien darauf ausgelegt, noch deutlich länger zu laufen, um Deutschland mit Strom zu versorgen. Die drei Meiler, die nun vom Netz genommen werden, „wurden 1988 und 1989 in Betrieb genommen und sind für eine Betriebsdauer von mindestens 40 Jahren ausgelegt".

Am Dienstag hatten die Deutsche Industrie- und Handelskammer und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft Wirtschaftsminister Robert Habeck deutlich für den Atomausstieg kritisiert. (fh)

https://pleiteticker.de/un-bericht-keine-statistischen-beweise-fuer-strahlenschaeden/ 12.4.2023

UN-Bericht: Keine statistischen Beweise für Strahlenschäden nach Fukushima-Katastrophe

Ein UN-Bericht stellt fest, dass es keine statistischen Beweise für Strahlenschäden bei Bewohnern gibt, die nach der Fukushima-Katastrophe in Fukushima leben. Die Katastrophe war Anlass für Merkels Atomausstieg.

Ein neuer Bericht der Vereinten Nationen kommt zu dem Schluss, dass Strahlenschäden durch die Katastrophe in Fukushima im Jahr 2011 statistisch nicht belegbar sind. Der Bericht, der von der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlicht wurde, basiert auf einer umfassenden Überprüfung der wissenschaftlichen Forschung zu den gesundheitlichen Auswirkungen der Nuklearkatastrophe.

Keine Auswirkungen: Die Autoren des Berichts stellten fest, dass die Strahlenbelastung für die Bevölkerung in den meisten Fällen zu gering war, um Auswirkungen auf die Gesundheit zu haben. Lediglich bei den Arbeitern des havarierten Kraftwerks und bei den Bewohnern in unmittelbarer Nähe des Unglücks könnten Strahlenschäden aufgetreten sein. Auch signifikante Erhöhungen der Anzahl an Krebserkrankungen

oder anderen Krankheiten, die auf die Strahlenbelastung zurückzuführen sind, seien nach dem Bericht nicht zu erkennen.

Katastrophe Auslöser der Anti-Atom Politik: Die Katastrophe von Fukushima ereignete sich am 11. März 2011, als ein schweres Erdbeben und ein Tsunami das Kraftwerk beschädigten und drei Reaktoren zum Schmelzen brachten. Es handelt sich um die schwerste Atomkatastrophe seit Tschernobyl im Jahr 1986. Die Auswirkungen der Katastrophe auf die Gesundheit und das Leben der Menschen in der Region waren verheerend. Tausende von Menschen wurden getötet oder verletzt, Hunderttausende wurden aus ihren Häusern vertrieben.

Die Katastrophe von Fukushima führte zu einem Kurswechsel in der Atom-Politik Merkels. Seit der Katastrophe verfolgte Merkel konsequent eine Anti-Atom Politik.

https://www.focus.de/immobilien/heizen-mit-habeck-wenn-der-schornsteinfeger-das-alter-des-hausbesitzers-kontrollieren-muss_id_190904562.html 12.4.2023

Heizen mit Habeck

Wenn der Schornsteinfeger das Alter des Hausbesitzers kontrollieren muss

Der Schornsteinfeger ist ein anerkannter Glücksbringer. Doch schon bald könnte er zum Alterskontrolleur mutieren. Wenn nämlich dem 80-jährigen Hausbesitzer der Einbau einer neuen Öl- oder Gasheizung erlaubt ist, dem 79-jährigen Nachbarn aber nicht.

Der technisch ambitionierte und abwechslungsreiche Beruf des Schornsteinfegers wird bald um eine Facette erweitert. Laut des Referentenentwurfs zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), vulgo: Habecks Heiz-Hammer, soll der Kaminkehrer künftig nicht nur die Heizungsanlage prüfen, sondern im Zweifelsfall auch das Alter des Hauseigentümers gleich mit.

Was erstmal komisch klingt, ist ernst gemeint. Hintergrund ist folgender: Ab dem 1. Januar 2024 müssen, sofern der Gesetzgeber zustimmt, neu installierte Heizungen zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Doch Hausbesitzer über 80 Jahre sind von dieser Regelung ausgenommen. Sie dürfen die alte Öl- oder Gasheizung durch eine neue Öl- oder Gasheizung ersetzen.

Ihr Alter müsste dann allerdings jemand kontrollieren. Laut Gesetz soll das der Schornsteinfeger übernehmen.

Alter der Gebäudeeigentümer dem Schornsteinfeger nachweisen

In §71i (2) GEG heißt es dazu konkret:

Das Alter der Gebäudeeigentümer zum Zeitpunkt sowie das Gebäudeeigentum zum Zeitpunkt des Einbaus oder der Aufstellung der Heizungsanlage zum Zwecke der Inbetriebnahme sind

im Rahmen der Feuerstättenschau der Heizungsanlage dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger nachzuweisen oder

mit schriftlicher Eigenerklärung dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger vorzulegen.

„Dass Schornsteinfeger künftig das Lebensalter der Hausbesitzer prüfen sollen, erscheint abwegig", kritisiert Julian Schwark, Vorstand Energie beim Bundesverband des Schornsteinfegerhandwerks, in der „Welt" . „Damit setzen wir Verwaltungsrecht durch, und dafür sind wir eigentlich nicht zuständig. Wir prüfen technische Anlagen und nicht einzelne Bürger." ……

http://pleiteticker.de/habeck-verrechnet-sich-um-hunderte-milliarden-heiz-hammer-deutlich-teurer-als-behauptet/?_gl=1*krs69a*_up*MQ..*_ga*OTA4NDc2NTc2LjE2ODEyOTcyMjc.*_ga_8Q6BD4QX2S*MTY4MTI5NzIyNi4xLjAuMTY4MTI5NzIyNi4wLjAuMA 11.4.2023

Habeck verrechnet sich um hunderte Milliarden: Heiz-Hammer deutlich teurer als behauptet

Der Heiz-Hammer von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) wird wohl deutlich teurer als es in dem Gesetzesentwurf kalkuliert wurde. Nach Berechnungen des Eigentümerverbandes Haus & Grund haben sich Habeck und sein Ministerium um mehrere hundert Milliarden Euro verrechnet.

…….Ab 2024 soll der Einbau von Öl- und Gasheizungen verboten werden. Bis 2045 sollen sämtliche Haushalte mit Wärmepumpen oder ähnlichen Heizanlagen, die mit bis zu mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden können, ersetzt werden. Nur noch in absoluten Ausnahmefällen ist der Einbau von Öl- oder Gasheizungen gestattet. Das Problem: Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat sich bei diesen Plänen wohl ordentlich verrechnet.

Dramatische Fehlkalkulationen

Im entsprechenden Gesetzesentwurf kalkuliert das Wirtschaftsministerium mit jährlichen Kosten für die Bürger von zunächst circa 9,157 Milliarden Euro und ab 2029 rund 5,039 Milliarden Euro.

Diese Zahlen seien viel zu niedrig angesetzt, beklagt der Eigentümerverband Haus & Grund. „Die Zahlen im Gesetzentwurf sind eine Milchmädchen-Rechnung",erklärt der Präsident des Eigentümerverbandes, Kai Warnecke, gegenüber Bild. „Das Ziel sind 500 000 neue Wärmepumpen im Jahr. Bei Kosten von durchschnittlich 40 000 Euro pro Wärmepumpe entstehen hierdurch jährliche Kosten in Höhe von 20 Milliarden Euro." „Das Ziel sind 500 000 neue Wärmepumpen im Jahr. Bei Kosten von durchschnittlich 40 000 Euro pro Wärmepumpe entstehen hierdurch jährliche Kosten in Höhe von 20 Milliarden Euro", so der H&G-Präsident. ……

Und noch ein weiterer peinlicher Fehler ist Habeck und seinem Ministerium unterlaufen. Während eine Öl- oder Gasheizung rund 30 Jahre betrieben

werden kann, liegt die Lebensdauer einer Wärmepumpe bei nur etwa 20 Jahren. Bis 2045 müssen die ersten Wärmepumpen also schon wieder ausgetauscht werden.

Laut Habeck würden außerdem die Preise für Erdgas und Heizöl ab 2027 durch den EU-Emissionshandel kontinuierlich ansteigen. „Allein schon deshalb sollte man bei einer so langfristigen Investition wie einer Heizung auf Erneuerbare setzen", erklärt Habeck. Und weiter: „Wir werden den Menschen beim Umstieg mit einer finanziellen Förderung unter die Arme greifen."……

https://www.computerbase.de/2023-04/rottwerk-einziger-deutscher-silizium-hersteller-steht-vor-strompreis-kollaps/ 12.4.2023

Rottwerk: Einziger deutscher Silizium-Hersteller steht vor Strompreis-Kollaps

15.000 Kilowattstunden Strom für eine Tonne metallurgisches Silizium – das rechnet sich aktuell in Deutschland nicht. Das einzige „Rottwerk" in Bayern kämpft gegen den Kollaps, kann unter den hohen Strompreisen aktuell jedoch nur noch einen seiner Öfen beschichten. Und das, obwohl die Nachfrage stetig steigt.

Die Nachfrage nach Silizium steigt überall in der Welt, Deutschland importiert nahezu seinen gesamten Bestand – mit einer kleinen Ausnahme: das Rottwerk. Die RW silicium GmbH in Pocking, südlich von Passau in Niederbayern gelegen, ist Deutschlands einziger Rohsiliziumproduzent. Das dort produzierte metallurgische Silizium ist rein genug, um für metallverarbeitende Prozesse genutzt zu werden und kann für die Verwendung in Halbleitern und Solarzellen weiter purifiziert werden. Doch der Standort kämpft bereits seit dem Jahr 2020 gegen immer größere Probleme, die allen voran am Strompreis liegen. Denn ohne Strom geht bei der Produktion nichts, der Preis dafür steigt seit Ende 2020 stetig an, zunächst im Rahmen, seit Beginn des Ukraine-Kriegs jedoch extrem.

Lichtbogen-Öfen als Stromfresser

Seit Oktober 2022 und auch noch zu Beginn des Jahres 2023 standen schon einmal alle Lichtbogen-Öfen still, nun wird immerhin einer wieder mit Strom befeuert, um Silizium bei 1.600 Grad mit einem Reinheitsgrad von 99,5 Prozent zu fertigen. Eine Vollproduktion aller vier Öfen ist aktuell unrentabel, China aber auch Frankreich subventionieren viel stärker.

Strom nach Frankreich exportiert

Wie der Geschäftsführer in einem Interview mit einem lokalen Fernsehstudio erklärte, sind die Regelungen am Strommarkt für Unternehmen in Deutschland zum Teil kurios oder „skandalös", wie sie der Chef des Rottwerks benennt. Beispiel Anfang April: Deutsche Unternehmen mussten Strom extrem teuer einkaufen, weil in Frankreich gestreikt wurde. Strom aus Deutschland wurde zu dieser Zeit nach Frankreich exportiert, da dort nicht genügend Atomkraftwerke zur Versorgungssicherheit bereitstanden. ……

Am Ende fordern nicht nur die Beteiligten, sondern auch lokale Politiker endlich die Einführung eines „Industriestroms". Dieser soll Sicherheit und Planbarkeit geben, ein Argument, das auch Intel für den möglichen Standort in Magdeburg zuletzt nannte. Die hohen Stromkosten seien ein extremes Hindernis für die Wettbewerbsfähigkeit der Standorte in Deutschland, hatte Intel erklärt und ist damit ganz offensichtlich nicht allein. ….

https://uncutnews.ch/ab-2050-ist-fliegen-nicht-mehr-erlaubt-schauen-sie-sich-diese-grafik-genau-an-das-ist-die-totalitaere-agenda-hinter-net-zero/ 11.4.2023

Ab 2050 ist fliegen nicht mehr erlaubt? „Schauen Sie sich diese Grafik genau an, das ist die totalitäre Agenda hinter Net Zero"!

Der Begriff „Netto-Null" ist in aller Munde. Netto-Null ist schnell zu einem festen Bestandteil politischer und wirtschaftlicher Szenarien geworden. Die

europäischen Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, dass sie bis 2050 auf null Emissionen gehen wollen.

Professor Norman Fenton hat eine Grafik aus dem Absolute Zero-Bericht des britischen FIRES veröffentlicht. Was können wir also aus dieser Grafik ablesen? Alle Flughäfen außer Heathrow, Belfast und Glasgow werden bis 2030 geschlossen sein. Bis 2050 wird es überhaupt keinen Flugverkehr mehr geben. Bis 2030 werden keine neuen Benzin- und Dieselfahrzeuge mehr zugelassen, und bis 2050 wird der Straßenverkehr um 60 % reduziert.

Der Energiebedarf für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und zum Heizen wird bis 2050 ebenfalls auf 60 Prozent des heutigen Stands begrenzt. Das bedeutet eine hungernde Bevölkerung, die in der Kälte sitzt, oder es wird eine massive Entvölkerung vorbereitet, prognostiziert Professor Fenton.

……..Die 15-Minuten-Städte, die überall propagiert werden, sind ein wichtiger Bestandteil davon. Fenton sagte bereits im Jahr 2020, dass Covid der Vorläufer von Klimaschocks ist.

Die Kommentatorin Eva Vlaardingerbroek rät jedem, sich die Grafik genauer anzusehen. „Dies ist die totalitäre Agenda hinter dem Netto-Null-Betrug, und sie ist zu 100 Prozent real", sagte sie.

„Wachen Sie auf, bevor Sie verhungern, frieren, in Ihr Haus eingesperrt werden und nicht mehr fliegen dürfen", warnt Vlaardingerbroek.

Gesundheitswissenschaftlerin Yvonne Simons fügt hinzu: „Der WEF diktiert die Agenda, sogar im ‚Brexit'-Britannien."

Der Abgeordnete Pepijn van Houwelingen (FVD) verweist auf ein Schreiben vom 3. April, in dem es heißt: Der Europäische Rat (ER) hat auf dem Euro-Gipfel am 23. und 24. März „seine Unterstützung für die Agenda 2030 und die Ziele für nachhaltige Entwicklung bekräftigt": ….,

https://www.welt.de/wirtschaft/article244729728/Atomausstieg-Goering-Eckardt-rechnet-mit-sinkenden-Strompreisen.html 12.4.2023

Göring-Eckardt rechnet mit sinkenden Strompreisen nach Atomausstieg

Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) erwartet trotz des Atomausstiegs perspektivisch sinkende Strompreise. „Der Strompreis wird natürlich günstiger werden, je mehr Erneuerbare wir haben", sagte Göring-Eckardt am Dienstag dem Sender MDR Aktuell. „Wind und Sonne, die kriegen wir immer zum Nulltarif. Da brauchen wir die Anlagen und die Netze, und deswegen ist das das Entscheidende." Atomkraft dagegen sei „teuer, sowohl in der Herstellung, in der Produktion, als auch danach".

So sei die Frage der Endlagerung ungeklärt. Derzeit stehe der Atommüll in Zwischenlagern in der ganzen Republik. „Auch das kostet natürlich richtig, richtig viel Geld", betonte die Grünen-Politikerin. Die Kosten trügen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler „und vor allen Dingen die künftigen Generationen".

Auch für die Versorgungssicherheit sei in Deutschland keine Atomkraft mehr nötig. Sie habe im vergangenen Winter „keine wesentliche Rolle mehr gespielt", so Göring-Eckardt. „Es war wirklich marginal, was gebraucht worden ist." Als kurzfristiger Ausgleich in Zeiten mit besonders hohem Energiebedarf seien Atomkraftwerke nicht geeignet: „Man kann sie gerade nicht bei Spitzen zuschalten. Dafür brauchen wir noch andere Energieträger." Hier sei Gas „für die Übergangszeit noch die bessere Variante".

DIHK-Präsident warnt vor möglichen Versorgungsengpässen

Am Samstag gehen die letzten drei deutschen Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim und Emsland vom Netz. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sieht den bevorstehenden Atomausstieg kritisch: „Trotz gesunkener Gaspreise bleiben die Energiekosten für die meisten Betriebe in Deutschland hoch", sagte DIHK-Präsident Peter Adrian der „Rheinischen Post". Zugleich sei Deutschland beim Thema Versorgungssicherheit „noch nicht über den Berg". Das gelte nicht nur mit Blick auf den nächsten Winter, sondern auch langfristig. …..

https://www.bild.de/geld/wirtschaft/wirtschaft/tupperware-kurz-vor-der-insolvenz-aktie-bricht-um-fast-50-prozent-ein-83513322.bild.html?t_ref=https%3A%2F%2Fm.bild.de%2Fgeld%2Fwirtschaft%2Fwirtschaft%2Ftupperware-kurz-vor-der-insolvenz-aktie-bricht-um-fast-50-prozent-ein-83513322.bildMobile.html 11.4.2023

Tupperware vor dem Aus?

Mit Design-Plastikdosen und exklusivem Verkauf über Treffen in kleinem Kreis manövrierte sich der 1946 gegründete US-Hersteller Tupperware über die Jahre zur Mega-Firma, heute kennt sie jeder.

Doch an den früheren Erfolg kann man schon länger nicht mehr anknüpfen: Der Frischhaltedosen-Hersteller ist an der Börse wegen Geldnot heftig unter Druck geraten.

Der Grund: Die Firma warnte vor akuter finanzieller Schieflage. Die Folge: Die Aktie rauschte hinunter, fiel am Montag um 49 Prozent auf 1,2 Dollar – der niedrigste Kurs seit dem Rekordtief zu Beginn der Coronakrise vor rund drei Jahren. Zum Vergleich: Ende 2013 hatten die Papiere noch mehr als 90 Dollar gekostet.

Tupperware hatte zuvor mitgeteilt, dass die Fortsetzung des Geschäftsbetriebs angesichts von Liquiditätsengpässen ungewiss sei. Die Firma hat Berater angeheuert und Gespräche mit potenziellen Investoren gestartet, um Geld aufzutreiben. …..

Tupper ist out

Tupperware revolutionierte mit seinen teilweise als Designklassiker geltenden Schüsseln und Boxen einst die Haushaltswelt und setzte mit seinen Verkaufspartys auf einen neuen innovativen Produktvertrieb. Doch die 1946 gegründete Firma aus Orlando, deren Gründer Earl Tupper die Küchen mit seinen bunten „Wunderschüsseln" aufmischte, kriselt.

Die Hauptgründe für den Niedergang der namhaften Plaste-Behälter: Verschärfte Konkurrenz im Markt für Haushaltsartikel und der Online-

Handel. Die Tupper-Geschäfte laufen schon lange schlecht, dafür sind die Schulden hoch.

Während sich der Einzelhandel in den vergangenen Jahren mehr und mehr ins Internet verlagerte, wo Shopping-Giganten wie Amazon oder Alibaba mit enormer Marktmacht die Preise drücken, setzte Tupperware lange Zeit unbeirrt weiter auf seine klassischen Verkaufswege – und auf vergleichsweise teure Produkte. Zwar bietet Tupperware seine Produkte seit einigen Jahren auch stärker im Netz an, ist hier jedoch weit abgeschlagen.

Im Schlussquartal 2022 brach der Umsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20 Prozent auf 313,7 Millionen Dollar ein. Unterm Strich machte Tupperware einen Verlust von 35,7 Millionen Dollar. Außerdem verpasste es die Firma, den Jahresbericht pünktlich vorzulegen, was zum Bruch von Kreditvereinbarungen führen könnte. …..

https://tkp.at/2023/04/11/eu-kommission-macht-druck-digitalisierung-des-reisepasses/ 11.4.2023

EU-Kommission macht Druck: Digitalisierung des Reisepasses

Die EU-Kommission schiebt an, der Plan ist schon längst ausgerollt und jetzt soll er umgesetzt werden: Die digitale Identität für jeden EU-Bürger. Der klassische Reisepass muss dafür natürlich digitalisiert werden.

Digitalisierungswelle

Die Kommission argumentiert das wieder im bereits bekannten „orwellianischen Doppelsprech": Seit der „Corona-Pandemie" würden Bürger „den Einsatz kontaktloser Technologien als grundlegende Voraussetzung für ein sicheres und reibungsloses Reisen" erwarten. Eine radikale Verdrehung der Realität: Die EU hatte den „grünen Pass", das Covid-Zertifikat als neue Reisebeschränkung eingeführt – ohne demokratischen Prozess – und argumentierte dann, dass die neue Beschränkung das Reisen nun erleichtern würde. Jetzt geht die

Kommission einen Schritt weiter und behauptet, die Bürger würde die digitale Abfertigung seither sogar „erwarten".

Die Digitalisierung des Reisepasses würde Reisen dann vereinfachen (vor allem innerhalb des Schengenraumes, wo es eigentlich gar keine Grenzkontrollen mehr geben sollte) und „die Attraktivität der EU erhöhen". Nun, die EU ist unter vielen Bürgern tatsächlich sehr unattraktiv. Die künftigen Grenzkontrollen dürften nicht angenehmer werden. Denn sobald der Reisepass digitalisiert ist, soll auf die „Nutzung biometrischer Lösungen" zurückgegriffen werden.

Digitale ID

Und obwohl es bereits im Vorfeld Kritik gehagelt hat, drückt die anti-demokratische EU-Kommission weiter an. Ein Plan sieht etwa vor, dass Grenzen ohne Kontrolle passiert werden können, allerdings brauche es dafür einen „umfassenden Abgleich biometrischer Daten". „Glücklicherweise" baut die EU seit einigen Jahren bereits eine Biometrie-Superdatenbank auf.

Aktuell konsultiert man nun mittels Fragebogen die EU-Bürger. Bis Ende Juni kann man daran teilnehmen. Bisher haben weniger als 250 EU-Bürger – von mehr 400 Millionen – teilgenommen. Im Herbst will die Kommission einen Gesetzesentwurf vorlegen.

Was eine große Zahl an Einsprüchen verändern könnte, ist freilich fraglich. Die Digitalisierung des Reisepasses (und nicht seine „Abschaffung", wie etwa bei „Heise" behauptet wurde) integriert sich in das Konzept der digitalen ID der EU. Die „App", die als „digitale Brieftasche" alle relevanten Dokumente sammeln soll, wird 2024 ausgerollt. Auch der Reisepass soll dann dort gespeichert werden.

Wie lange die physische Variante dann noch gültig sein beziehungsweise ausgestellt wird, ist die Preisfrage. Mit digitalem Reisepass kann dann jeder Reisemeter ganz leicht überwacht werden. Denn ohne Smartphone

kommt man nicht mehr über die Grenze und ein Smartphone ist per GPS ganz leicht zu orten.

https://blackout-news.de/aktuelles/verwalter-schlagen-alarm-wohnungseigentuemer-koennen-sanierung-nicht-bezahlen/ 12.4.2023

Verwalter schlagen Alarm – Wohnungseigentümer können Sanierung nicht bezahlen

Wohnungseigentümer-Gemeinschaften in Deutschland können Energiewende finanziell nicht bewältigen

Laut einer Umfrage des Verbands der Immobilienverwalter Deutschland (VDIV), von der WELT berichtet, sind die meisten Wohnungseigentümergemeinschaften (WEG) in Deutschland finanziell nicht in der Lage, die Energiewende im Gebäudesektor zu bewältigen (Welt: 03.04.23). Insgesamt 96 Prozent der befragten Mitgliedsunternehmen gaben an, dass die Rücklagen in den von ihnen verwalteten Eigentümergemeinschaften nicht ausreichen, um eine umfassende energetische Sanierung der Gebäude durchzuführen. Zudem gaben 87 Prozent der Verwalter an, dass selbst der Austausch einer älteren Heizung und der Einbau einer Wärmepumpe aufgrund unzureichender Rücklagen auf den Hauskonten nicht möglich sei.

Geplante Gesetzesänderungen verpflichten Hausbesitzer vor umfangreiche Sanierungsaufgaben

Der VDIV hat festgestellt, dass Hausbesitzer aufgrund der geplanten Überarbeitungen des Gebäude-Energie-Gesetzes (GEG) und der EU-Gebäuderichtlinie vor umfangreichen Sanierungsaufgaben stehen werden. Wenn beispielsweise alle Gebäude bis zum Jahr 2033 mindestens die Energieeffizienzklasse D erreichen müssen, werden die Eigentümer gezwungen sein, mehr Mittel in die Renovierung und Sanierung ihrer Gebäude zu investieren, als bisher angenommen wurde.

Gemäß der Umfrage beabsichtigen 88 Prozent der befragten Verwalter, den Eigentümern eine Erhöhung der Instandhaltungsrücklagen

vorzuschlagen, um einen Anstieg um durchschnittlich fast 60 Prozent zu erreichen. Allerdings sind sich 90 Prozent der Verwalter unsicher, ob die Eigentümer finanziell dazu in der Lage sein werden, die erhöhten Rücklagen zu bewältigen.

VDIV-Geschäftsführer warnt vor möglichen Folgen der Sanierungspolitik der Bundesregierung

VDIV-Geschäftsführer Martin Kaßler äußerte sich besorgt über die Ergebnisse und bezeichnete sie als alarmierend. Angesichts steigender Zinsen und hoher Inflation sei die geplante Sanierungspolitik der Bundesregierung ungünstig. Es besteht die ernsthafte Gefahr, dass Wohnungseigentümer nicht in der Lage sein werden, die notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen, was möglicherweise zum Notverkauf ihres lang ersehnten Eigentums führen könnte.

Der VDIV-Geschäftsführer fordert, die Zeiträume für die Umsetzung der Gesetzesänderungen zu verlängern. Darüber hinaus müssten bestehende Förderprogramme und Zuschüsse erheblich ausgeweitet werden und es sollten neue steuerliche Abschreibungsmodelle eingeführt werden.